



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR
DIE PRESSESTELLE

Stand März 2017

Anhang 4: Radschnellverbindungen Baden-Württemberg

Im Koalitionsvertrag erkennt die Landesregierung die große Bedeutung von Radschnellverbindungen insbesondere vor dem Hintergrund der rasanten Verbreitung von Pedelecs und E-Bikes an. Auch in der RadSTRATEGIE Baden-Württemberg ist das Thema Radschnellverbindungen als wichtiger Baustein zur künftigen Ausrichtung der Radverkehrsinfrastruktur verankert. Es ist dort unter anderem das Ziel enthalten, dass bis 2025 zehn Radschnellverbindungen in Baden-Württemberg realisiert werden.

Radschnellverbindungen werden im Zuge wichtiger Alltagspendlerachsen dort eingesetzt, wo ein entsprechend hohes Potenzial besteht, um Verkehrsverlagerungen zu gunsten des Radverkehrs zu erreichen. Typische Merkmale von Radschnellverbindungen sind gerade, umwege- und steigungsarme Linienführungen, auf größere Radverkehrsmengen ausgelegte Breiten, eine hohe Oberflächenqualität sowie Kreuzungsführungen mit geringen Zeitverlusten beispielsweise durch Unter- oder Überführungen oder Vorrang für den Radverkehr. Damit soll in erster Linie die Durchschnittsgeschwindigkeit des Radverkehrs erhöht werden, d. h. der Zeitverlust bspw. an Kreuzungen wird verringert. Auch die Risiken für Unfälle werden bei Radschnellverbindungen durch die große Breite verringert.

Für Planung und Bau von Radschnellverbindungen hat der Landtag für das Jahr 2017 erstmals 3 Millionen Euro bereitgestellt. Das Verkehrsministerium hat bereits Ende 2016 einen externen Dienstleister mit einer Potenzialanalyse zur Bestimmung geeigneter Radschnellverbindungen in Baden-Württemberg beauftragt. In einer ersten Stufe werden 30-50 potentielle Relationen betrachtet. Für die zehn Relationen mit den größten Potenzialen wird eine erste Kostenschätzung durchgeführt. Zudem werden im Rahmen der Potenzialanalyse landesweite Qualitätsstandards und Musterlösungen für Radschnellverbindungen definiert sowie ein Leitfaden für Machbarkeitsstudien erstellt. Auch im neuen Bundesverkehrswegeplan wurden seitens des Bundesverkehrsministeriums für 2017 Zuweisungen zur Förderung von Radschnellverbindungen an die Länder in Aussicht gestellt.

Die Regierungspräsidien fördern zudem ab sofort regionale Machbarkeitsstudien zu Radschnellverbindungen. Damit soll eine kurzfristige Beteiligung der Kommunen und eine schnelle Umsetzung ermöglicht werden. Förderfähig sind Machbarkeitsstudien zu möglichen Radschnellverbindungen, bei denen ein großes Verlagerungspotenzial vom Pkw-Verkehr auf den Radverkehr erzielt werden kann und ein hohes Radverkehrsaufkommen im Alltagsradverkehr zu erwarten ist. Die Grundsätze sowie die Standards zur Förderung der Machbarkeitsstudien für Radschnellverbindungen sind im Internet unter www.fahrradland-bw.de eingestellt.

In Baden-Württemberg realisiert die Stadt Freiburg derzeit mit Förderung durch das Land erste innerstädtische Vorrangrouten für den Radverkehr. Die Metropolregion Rhein-Neckar prüft im Rahmen einer Machbarkeitsstudie, ob eine Radschnellverbindung zwischen Heidelberg-Mannheim-Ludwigshafen möglich ist. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein hat das Potenzial für Radschnellverbindungen analysieren lassen. Auch beim Regionalverband Mittlerer Oberrhein gibt es erste Gespräche hinsichtlich Radschnellverbindungen nach Karlsruhe. In der Region Stuttgart setzen sich die Landkreise Böblingen und Esslingen sowie die Landeshauptstadt Stuttgart mit möglichen Radschnellverbindungen nach Stuttgart auseinander. Auch in den anderen Landkreisen der Region bestehen Überlegungen zu Radschnellverbindungen. Landesweit bestehen zahlreiche Initiativen von Stadt- und Landkreisen sowie Regionalverbänden für Radschnellverbindungen.